

IBKA e.V.
Sprecher der AG Schule
Rainer Ponitka
Tilsiter Str 3
51491 Overath

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Schulen von sich aus über die Freiwilligkeit der Teilnahme an religiösen Veranstaltungen wie Schulgottesdiensten informieren müssen und dass Schülerinnen und Schüler wie auch deren Eltern vor der Einschulung oder dem Wechsel auf weiterführende Schulen eine klare Information über die Freiwilligkeit der Teilnahme am Religionsunterricht erhalten?

Wir Piraten verstehen unter Religionsfreiheit nicht nur die Freiheit zur Ausübung einer Religion, sondern auch die Freiheit von Religiöser Bevormundung.

Dass niemand gezwungen werden darf, an einer religiösen Handlung oder Feierlichkeit teilzunehmen, schreibt das Grundgesetz in Artikel 140 fest.

Häufig ist Eltern gar nicht bewusst, dass die Teilnahme an religiösen Veranstaltungen an der Schule freiwillig ist. Hier ist es angebracht, Transparenz zu schaffen.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass in Schulen, an denen kein Ersatzfach zum Religionsunterricht angeboten wird, für daran nicht Teilnehmende ein durch qualifiziertes Personal beaufsichtigtes Silentium eingerichtet wird oder aber der Religionsunterricht in die Eckstunden, also die erste oder die letzte Unterrichtsstunde des Tages, gelegt wird?

Die Teilnahme am Religionsunterricht ist nicht verpflichtend und darf auch nicht dadurch zur Pflicht werden, dass keine Alternativen zur Verfügung stehen.

Hier müssen Lösungen erarbeitet werden, wie die Schülerinnen und Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, zu ihrem Recht kommen.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass, wenn an Schulen der vom Landesgesetzgeber vorgeschriebene Ersatzunterricht zum Religionsunterricht eingerichtet ist, dieser immer zeitgleich zum Religionsunterricht stattfindet?

Ein Ersatzunterricht, der auf andere Termine verlegt wird, trägt zur Trennung der einzelnen Glaubens- und Nicht-Glaubensgruppen und damit zur Diskriminierung bei.

Diskriminierende Strukturen müssen nach unserer Meinung aufgedeckt, reflektiert und wirksam bekämpft werden.

Wird sich Ihre Partei für eine Rückverlagerung der Kosten des Religionsunterrichtes in die Glaubensgemeinschaften einsetzen? Die Ausbildung, Besoldung und Altersbezüge der Religionslehrer/ innen kosteten die öffentlich Hand lt. dem Violettbuch Kirchenfinanzen‘ im Jahre 2009 rund 1,7 Mrd. Euro. Hierin ist die Bereitstellung von Infrastruktur wie Räumlichkeiten und Strom noch nicht enthalten.

Finanzielle und strukturelle Privilegien einzelner Glaubensgemeinschaften, etwa im Rahmen der finanziellen Alimentierung, sind höchst fragwürdig und daher abzubauen.

Die Piratenpartei wird sich dafür einsetzen, diese Privilegien zu minimieren bzw. zu beenden.

Wird sich Ihre Partei für die Abschaffung der Zwangstersatzfacher zum Religionsunterricht wie etwa Ethik, Praktische Philosophie oder Werte und Normen einsetzen sowie für die Schaffung eines für alle Lernenden verbindlichen Unterrichtes, in dem die Grundwerte und Normen des demokratischen, pluralistischen und modernen Zusammenlebens an alle gemeinsam vermittelt werden?

Unsere Gesellschaft braucht Menschen, die kompetent und kritisch ihr Leben und ihre Aufgaben meistern und sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst sind. Der Schulbesuch soll alle Kinder und Jugendlichen in ihrer Entwicklung zu selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und sozial kompetenten Mitgliedern der Gesellschaft unterstützen.

Die Piratenpartei setzt sich für die Demokratisierung von Bildungseinrichtungen ein. Die Entwicklung einer kritischen und selbstständigen Persönlichkeit wird durch die Demokratisierung von Bildungseinrichtungen unterstützt.

Die Piraten Rheinland-Pfalz haben beschlossen, dass dies im Rahmen eines Ethikunterrichts erfolgen kann. Hier sollen die Konzepte Religion und Glaube an exemplarischen Beispielen (Weltreligionen, Glaubensgemeinschaften, Philosophien) erläutert und ihr Stellenwert für unsere und andere Kulturen verdeutlicht werden. Der Religionsunterricht soll ergänzend auf spezielle Aspekte einer einzelnen Religion und Konfession eingehen. In beiden Fächern sollen verbindende Aspekte hervorgehoben und die Toleranz gegenüber trennenden Positionen gefördert werden.